

## **Chronologie der Börschel-Frank-Petelkau-Affäre („Stadtwerke-Affäre“)** **Zusammenfassung der bekannten Fakten:**

Am 17.04.18 kommt der Aufsichtsrat des Stadtwerke-Konzerns zu einer Sondersitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht der Punkt „Besetzung der Geschäftsführung“. Eine schriftliche Unterlage zu dem gewichtigen Tagesordnungspunkt gibt es nicht. Das 19-köpfige Gremium wird mündlich darüber unterrichtet, dass der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion Martin Börschel, dessen Ambitionen auf den Vorsitz der SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf sich soeben zerschlagen hatten, als neues Mitglied der Geschäftsführung tätig werden soll. Dafür soll der bisher nicht bestehende Posten eines hauptamtlichen Geschäftsführers geschaffen werden, dotiert mit einem Jahresgehalt von bis zu 550.000 Euro. Einen alternativen Kandidaten gibt es nicht, von einer Ausschreibung ganz zu schweigen. Börschel selbst nimmt an der Sitzung nicht teil, aber eingefädelt hatten das Ganze er selber, der CDU-Parteichef und Fraktionsvorsitzende Bernd Petelkau sowie der Fraktionsgeschäftsführer der Grünen Jörg Frank. Ausgeklüngelt wurde der Deal in dem sogenannten „Ständigen Ausschuss“, an dem Jörg Frank als Gast teilnimmt, ebenso wie gelegentlich Barbara Lübbecke (SPD). Über die genannten hinaus gehören dem Klüngel-Ausschuss noch zwei Betriebsratsvorsitzende an: Wolfgang Nolden und Harald Kraus (der sich inzwischen gegen die Empfehlung des Rates selber zum Aufsichtsratsvorsitzenden hat wählen lassen).

Die dem Aufsichtsrat angehörende OB Reker ist wegen einer Dienstreise an der Teilnahme verhindert, hatte aber nach eigenen Angaben im Vorfeld Gerüchte gehört und mehrfach vergeblich versucht, schriftliche Unterlagen zu den beabsichtigten Beschlüssen zu erhalten. Sie lässt in Abwesenheit zu Sitzungsbeginn eine Erklärung verlesen, in der sie auf den Formfehler verweist, dass es keine schriftliche Vorlage gebe, weswegen eine Abstimmung unmöglich sei. Zum weiteren Verlauf heißt es in der Kölnischen Rundschau, die den geplanten Coup aufgedeckt hat: „Um 19:27 Uhr geht die Exklusivmeldung der Rundschau über die geplante Berufung Börschels online. Ein Sitzungsteilnehmer reckt sein Smartphone in die Höhe, die Botschaft ist in der Welt, die Geheimniskrämerei vorbei. Das Gremium verschiebt den Beschluss auf eine Sitzung in den kommenden zwei Wochen.“ Durch ein von der OB in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten wurde später festgestellt, dass andernfalls ein „ein erhöhtes strafrechtliches Risiko bis hin zu einer ‚untreuerrelevanten Pflichtverletzung‘ für die Mitglieder des Aufsichtsrates“ bestanden hätte, so der Kölner Stadtanzeiger.

Den Veröffentlichungen in der Presse folgt ein Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit. Desungeachtet erklärt Martin Börschel am 18.04.18 öffentlich seine Absicht zum Wechsel in den Stadtwerke-Vorstand. und der am 17.04. vereitelte Beschluss soll auf der nächsten Aufsichtsratssitzung am 30.04.18 nachgeholt werden. Dagegen regt sich Widerstand aus den Reihen der Bürgerschaft und der Ratsparteien. In einer Online-Petition erklären binnen kürzester Zeit über 500 Kölner Bürgerinnen und Bürger:

„...Ich fordere den Aufsichtsrat deshalb auf, in seiner Sitzung am 30.04.2018 der Einrichtung der Stelle des hauptamtlichen Geschäftsführers und der Besetzung der Stelle mit Herrn Börschel nicht zuzustimmen. Leiten Sie stattdessen ein Verfahren ein, dass die Notwendigkeit dieser Stelle kritisch prüft und schreiben Sie je nach Ergebnis dieser Prüfung ggf. diese Stelle öffentlich aus.“

Die Petition wird eingestellt, als bekannt wird, dass die Oberbürgermeisterin einen Antrag in die Aufsichtsratssitzung am 30.04.18 einbringt, der den Coup vorerst stoppt und die obengenannten Forderungen aufgreift.

Eine erste Strafanzeige gegen die beteiligten Personen wurde seitens der Staatsanwaltschaft mit der Begründung abgewiesen, dass eine mögliche Straftat ja durch den oben beschriebenen Widerstand vereitelt wurde und somit kein Schaden entstanden sei. Versuchte Untreue wiederum ist zwar rechtswidrig, aber nicht strafbar. Inzwischen ist allerdings eine erneute Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft eingegangen, da den Stadtwerken schon durch die Vorbereitung des Deals materieller Schaden entstanden ist.

Aber obwohl es auch in den Reihen von SPD und CDU kräftig rumort, erklären deren Protagonisten in der Affäre, Martin Börschel und Bernd Petelkau unverdrossen, sie hätten rechtmäßig gehandelt und sich nichts vorzuwerfen. Sie versprechen treuherzig, an einem strengeren Verhaltenskodex zu arbeiten, als ob die geltenden Bestimmungen das Problem seien, über die sie sich rechtswidrig hinweggesetzt haben.

Nicht umsonst spricht der ehemalige CDU-Ratsherr Konrad Adenauer (ein Enkel des ersten Bundeskanzlers) von einem „Coup wie in der Unterwelt“. Der Posten-Deal, an dem CDU-Chef Bernd Petelkau mitgewirkt hat, ekle ihn an, mache ihn „richtig krank“ (so die Berichterstattung im Kölner Stadtanzeiger). Als einzige der im Rat vertretenen Parteien reagieren die Grünen und fordern in einem Beschluss der Kreismitgliederversammlung:

1. die Aufklärung der Börschel-Affäre konsequent, zügig und mit der nötigen Priorität zu betreiben,
2. Vorstands- bzw. Geschäftsführungspositionen in Gesellschaften mit städtischer Beteiligung nur nach **öffentlicher** Ausschreibung zu besetzen, dabei muss alleine die Kompetenz der Person entscheiden, nicht das Parteibuch,
3. (...)
4. den Weg der Erneuerung konsequent fortzusetzen und dabei Ämterhäufungen sowie Machtkonzentrationen in Aufsichtsräten und Ratsausschüssen wie beim derzeitigen (Noch-) Fraktionsgeschäftsführer ab sofort zu beseitigen und nicht mehr zu ermöglichen, (...)

Die als eine der wenigen vorab in den Deal eingeweihte Parteivorsitzende der Kölner Grünen, Kirsten Jahn, erklärt reumütig, wie sich in diesen Deal hat hineinziehen lassen: „Martin Börschel hat klargemacht: Wenn Ihr da nicht mitmacht, werden wir bestimmte Posten anders besetzen und zum Beispiel Verträge mit Personen, die grüner Politik nahestehen und einen sehr guten Job machen, nicht verlängern.“ (Interview mit Kölner Stadtanzeiger). Auf der Kreismitgliederversammlung der Grünen fügt sie hinzu: „Martin Börschel hat darauf bestanden, dass die Berufung eines hauptamtlichen Geschäftsführers der Stadtwerke ohne öffentliche Ausschreibung erfolgt und dass die SPD dafür das Vorschlagsrecht bekommt“. Und sie ist bereit, diese Aussagen mit einer eidesstattlichen Versicherung zu untermauern. (Berichterstattung Kölnische Rundschau).

Auf der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause am 5. Juli wurde lediglich die Anfrage der Linken thematisiert, in der es um die Frage ging, ob die Oberbürgermeisterin früher bereits im Vorfeld von dem geplanten Coup gewusst hat.

#### **Deshalb bleiben die Forderungen des Einwohnerantrags aktuell:**

1. Der Rat der Stadt Köln stellt fest, dass der Versuch, kurzfristig ohne Information der Oberbürgermeisterin und des Rates die Funktion eines hauptamtlichen Geschäftsführers der Stadtwerke zu schaffen und sie ohne Auswahlverfahren zu besetzen, **eine grobe Verletzung geltenden Rechts** darstellte.
2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den Ablauf dieser Planungen und Vorbereitungen zu untersuchen und festzustellen, **welche Personen sich konkret rechtswidrig verhalten** haben.
3. Der Rat der Stadt Köln verpflichtet die bisher der Öffentlichkeit bekannten Hauptakteure, die Herren Martin Börschel, Jörg Frank und Bernd Petelkau, gemäß § 113 Abs. 1 Satz 3 Gemeindeordnung, **alle Mandate als Vertreter der Stadt niederzulegen**, nicht nur im Aufsichtsrat der Stadtwerke.
4. Der Rat der Stadt Köln wird darüber hinaus auch alle weiteren Vertreter der Stadt in Beteiligungen, Gremien usw., die sich an den genannten rechtswidrigen Aktivitäten beteiligt und damit zum Nachteil der Stadt gehandelt haben, auffordern, **ihre Funktionen niederzulegen**.